

Krug zeichnet düsteres Bild

TTIP & Co.: Auswirkungen auf die Kommunen / Sorge um Selbstbestimmung

Tutzing – Tutzings Bürgermeister Rudolf Krug zeichnet ein düsteres Bild, wenn es um die drohenden Auswirkungen des derzeit verhandelten so genannten Freihandelsabkommens TTIP auf die Gemeinden geht: „Ich mache mir Sorgen um die kommunale Selbstbestimmung“, sagt Krug (ÖDP) bei einem Pressegespräch im Rathaus. Künftig, so seine Befürchtung, könne ein Konzern wie Nestlé Gemeinden wie Tutzing beispielsweise schon dann auf angeblich „entgangene Gewinne“ verklagen, wenn die Kommune nur ihr bislang gesetzlich garantiertes Recht in Anspruch nehme, über die Trinkwasserversorgung ihrer Bürger zu entscheiden.

Zum Pressegespräch eingeladen hatte der gemeinnützige Verein „Zivilcourage Starnberg, Bayern“, vertreten unter anderem durch Christiane Lüst und Franz Sußner. Verknüpft war es mit einem Referat von Christian Hirneis, Vorsitzender der Kreisgruppe München und Landesvorstandsmitglied des „Bund Naturschutz in Bayern“, zum Thema „TTIP, CETA, TISA – aktueller Stand/ Was können wir noch tun?“ Allein die erklärungsbedürftigen Abkürzungen deuten an, wie wenig transparent die derzeit laufenden Verhandlungen zu einem transatlantischen „Freihandelsabkommen“ zwischen EU und Vereinigten Staaten ablaufen: Informationen zu „TTIP“ (Transatlantic Trade

and Investment Partnership) seien selbst gewählten Parlamentariern nur schwer zugänglich, so Hirneis: „Weder die Bundeskanzlerin, noch die Bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner wissen genau, was da drin steht – sind aber dafür.“ Nach Einschätzung Hirneis aber werde ein unkontrolliert ausgehandeltes, auf völlige Deregulierung abzielendes TTIP-Abkommen Märkte diesseits und jenseits des Atlantik gefährden beziehungsweise ruinieren, die Job-Versprechen nicht erfüllt. „Die sozialpolitischen Standards Europas und ganze Kulturlandschaften werden vernichtet“, ergänzt Krug. Wenn künftig auch jeder kommunalpolitisch gefasste Beschluss als „Handelsnemnis“ betrachtet und von internationalen Konzernen beklagt werden könne, wachse auch für die Kommunen die Gefahr, in ihrer Autonomie ausgehebelt zu werden – allein schon über die aufgerufenen hohen Streitsummen. Hirneis und der Starnberger Rechtsanwalt Franz Sußner sehen vor allem in den beabsichtigten „Schiedsgerichtsverfahren“ (zwischen klagenden Konzernen und beklagten politischen Körperschaften) keinerlei rechtsstaatliche Prinzipien mehr gegeben: „Keine zweite Instanz, willkürliche Urteilsgrundlagen“, so Sußner.

Dass auch einheimische Landwirte in großer Sorge sind, machte Vize-Landrat, Biobauer und Molkereibesitzer Georg Scheitz deutlich: „Wo ist nur die Macht der Verbrau-

cher geblieben?“ Die Milchpreise, so Scheitz, würden mit „TTIP“ und Co. womöglich noch mehr in den Keller fallen, und man werde mit Billigfleisch aus Übersee überschwemmt, das nach ganz anderen Bedingungen produziert werde als hierzulande. Noch werde Deutschland weltweit als „Feinkostladen“ gesehen, stellte der CSU-Politiker fest, „und Bayern sowieso“. Das aber könnte schon bald Geschichte sein, sagte Christiane Lüst, wenn sogar eine europaweite Unterschriftenaktion mit 3,3 Millionen Unterzeichnern gegen das Handelsabkommen von der am Ende maßgeblichen EU-Kommission ignoriert werde.

TTIP / CESA / TISA

TTIP – Die „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) wird derzeit zwischen der EU-Kommission und den Vertretern der USA verhandelt. Der Begriff „Freihandelsabkommen“ steht in der Kritik, suggeriere er doch ausschließlich Erleichterungen für die beteiligten Verhandlungspartner, so die TTIP-Gegner. Beklagt wird derzeit vor allem die fast völlig fehlende Transparenz der Verhandlungen.

CETA – Das „Comprehensive Economic and Trade Agreement“, ein schon 2014 aus-



Sieht durch das TTIP die Autonomie der Kommunen gefährdet: Tutzings Bürgermeister Rudolf Krug. Foto: fkn

verhandeltes, aber bislang nicht verabschiedetes kanadisch-europäisches Handelsabkommen, gilt als Blaupause für die TTIP-Verhandlungen.

TISA – Das „Trade in Services Agreement“ (Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) ist eine in Verhandlung befindliche Sammlung von Vereinbarungen in Form eines völkerrechtlichen Vertrags zwischen 23 Parteien einschließlich den USA und der Europäischen Union und gilt als Nachfolgeabkommen des „General Agreement on Trade in Services“ (GATS) der Welthandelsorganisation WTO von 1995.

mps